NACHRICHTEN
Österreich



# Tauschbörse für Geflüchtete: CSU warnt vor Trickserei bei Bezahlkarte

Eine Münchner Initiative kritisiert die CSU-Kritik an ihrem Tauschmodell für Geflüchtete, das die Bezahlkarte umgehen soll.

**München, Deutschland** - In Bayern sorgt eine neue Initiative für kontroverse Diskussionen rund um die Situation von Geflüchteten. Diese Initiative, die unter dem Namen „Offen!“ firmiert, hat ein Tauschsystem entwickelt, das die von der CSU eingeführte Bezahlkarte für Geflüchtete umgehen soll. Diese Maßnahme zielt darauf ab, eine vermeintliche Diskriminierung der Betroffenen zu vermeiden und gleichzeitig praktische Solidarität anzubieten.

Die Bezahlkarte, die seit Juni in Bayern im Einsatz ist, erlaubt es Geflüchteten, monatlich 50 Euro in bar abzuheben und damit in Supermärkten einzukaufen. Kritiker der Karte, wie die Münchner Initiative, argumentieren, dass diese Limitierung nicht nur unzureichend sei, sondern auch die Integrationsmöglichkeiten der Geflüchteten einschränke. Laut der Initiative werde durch den Tausch von Supermarktgutscheinen gegen Bargeld ein Weg gefunden, wie Geflüchtete diese Einschränkungen aushebeln können.

## CSU sieht „Trickserei“ und fordert Sanktionen

Die CSU hat umgehend auf die Tauschaktionen reagiert und spricht von einer „Trickserei“. Mechthilde Wittmann, innenpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe im

Bundestag, betont, dass das System der Bezahlkarten eingeführt wurde, um Missbrauch zu vermeiden. Sie sieht das Tauschgeschäft als einen direkten Angriff auf das Sozialsystem und fordert eine genaue rechtliche Prüfung dieser Aktivitäten. Laut Wittmann könnte es sich hierbei um eine Beihilfe zu einem Verstoß gegen das Asylbewerberleistungsgesetz handeln, was zu Bußgeldern führen könnte.

Der Arbeitskreis Juristen der CSU hat in einem Beschlusspapier gefordert, der „gezielten Umgehung“ des Systems mit „angemessenen Sanktionen“ entgegenzuwirken. Dies verdeutlicht die Skepsis der CSU gegenüber den Tauschaktionen, die sie als potenzielle Unterstützung für das Brechen von Regeln sieht.

## Rückblick auf die Bezahlkarte und deren Kritik

Die Bezahlkarte selbst steht seit ihrer Einführung unter kritischer Beobachtung. Experten, darunter Hans Vorländer, der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration, äußern Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit des Systems. Er weist darauf hin, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Sozialleistungen kein wesentlicher Grund für Geflüchtete sind, ihre Heimatländer zu verlassen. Stattdessen verfolgen sie Sicherheits- und Überlebensinteressen.

Vorländer betont, dass die Bezahlkarte eigentlich zur Vereinfachung administrativer Prozesse dienen sollte, was jedoch nur mit einer einheitlichen Regelung in allen Kommunen funktionieren kann. Das derzeitige System gleicht einem „Flickenteppich“ und führt zu unnötigen Kosten, da viele Städte eigene Systeme entwickeln, anstatt zusammenzuarbeiten.

Die Kritik an der Bezahlkarte ist nicht unilateral; auch die Linken haben sich zu Wort gemeldet. Die Bundestagsabgeordnete Susanne Ferschl sieht in der Bezahlkarte eine Ablenkung von

grundlegenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Anstatt den Fokus auf populistische Lösungen zu legen, fordert sie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den realen Herausforderungen, vor denen Geflüchtete stehen.

Inmitten dieser Debatte bleibt die Frage, wie mit den Bedürfnissen von Geflüchteten umgegangen werden sollte. Die Initiative „Offen!“ zeigt, dass es Alternativen gibt, doch der politische Diskurs bleibt hitzig. Während die CSU die Tauschaktionen als Bedrohung für das Sozialsystem sieht, argumentieren andere, dass ein Umdenken notwendig ist, um eine gerechte und integrative Lösung für die Herausforderungen im Bereich Migration zu finden.

Mehr Informationen zu diesem Thema finden sich in einem Bericht **auf www.tz.de**.

| Details | |
|---|---|
| **Ort** | München, Deutschland |

**Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at**